

Politiker sind gefordert

Krawalle werden von Krawall-Machern inszeniert, von Chaoten durchgeführt, von Sympathisanten unterstützt und von Gaffern geschützt und schliesslich von Politikern verschiedener Lager legitimiert und gefördert.



Krawalle und Demonstrationen dürfen auf keinen Fall verwechselt werden. Bild: shutterstock

VON HANS-ULRICH HELFER

Die Demokratie stellt eine breite Palette von Mitwirkungsmöglichkeiten bereit, die vom Bürger genutzt werden können, jedoch nicht müssen. Es sind dies insbesondere die politischen Parteien, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Verbände und andere. Weitere Möglichkeiten sind die Versammlungsfreiheit und das Demonstrationsrecht, durch die sich die Bürger ausserhalb der festgefügtten Organisationen bemerkbar machen können.

Demonstrationen dürfen keinesfalls mit Krawallen verwechselt werden. Eine Demonstration stützt sich auf ein verfassungsmässiges Recht ab, ist eine friedliche Versammlung engagierter Bürger, die sozial-politischen Mängeln vorbeugen wollen. Der Teilnehmer nutzt also ein konstitutionelles Recht.

Beim Krawall, von den Krawall-Machern oft als verfassungsmässige Demonstration bezeichnet, handelt es sich um eine illegale Ansammlung von Personen, die in vielen Fällen mit Gewalt gegen die legale Rechtsordnung vorgehen. Das kurzfristige Ziel ist der physische Personen- und/oder Sachschaden. Langfristig werden politische Veränderungen und der Umsturz der demokratischen Rechtsordnung ange-

strebt. Krawalle werden mehr als vermutet gezielt vorbereitet, was sich anhand von etlichen Schriften aus der Krawall-Szene belegen lässt.

Krawall-Teilnehmer

Die Teilnehmer eines Krawalls als Individuen zu bezeichnen, die in tierisches Verhalten zurückgefallen sind, oder sie grundsätzlich als persönlichkeitsgestörte Einzeltäter einzustufen, wie es viele erboste Bürger und Politiker tun, wird der Sache nicht gerecht. Die folgende Viertelung lässt sich in der Schweiz seit Langem beobachten:

Die Krawall-Macher: An erster Stelle sind die eigentlichen Krawall-Macher zu nennen. Sie sind die Denker und Agitatoren, die mit einem organisierten Krawall durchdacht auf ein Ziel hinarbeiten. Die Krawall-Macher, in Zürich ist die Mehrzahl den Behörden bekannt, agieren seit Jahrzehnten auf vielfältige Art und Weise. Für ihre Aktivitäten benutzen sie verschiedene dem jeweils aktuellen Reizthema angemessene Organisationsnamen. Einige Grüppchen oder Komitees können lediglich für eine Aktion entstehen, andere, beispielsweise der Revolutionäre Aufbau Zürich (RAZ), wiederum bestehen seit über 25 Jahren.

Die Chaoten: Das engere Umfeld, die Chaoten, agiert auf der Strasse und ist direkt verantwortlich für die Beschädigungen. Unter den Chaoten befinden sich Personen, die schon seit Jahren regelmässig an gewalttätigen Auseinandersetzungen aufpassen. Trotzdem untersteht das engere Umfeld einem stetigen Wechsel von Ju-

gendlichen, die sich mit dem jeweiligen aktuellen Reizthema solidarisieren und sich in vielen Fällen auch unbewusst von den Krawall-Machern missbrauchen lassen. Im engeren Umfeld engagieren sich vermehrt auch Ausländer und Asylbewerber.

Die Sympathisanten: Die Sympathisanten verhelfen den Krawall-Machern zur Legitimation und zum nötigen Erfolg in Parlamenten und Parteien sowie der entsprechenden Beachtung in der veröffentlichten und öffentlichen Meinung. In den letzten Jahren hat sich das Sympathisantenfeld in den Grundzügen nur wenig verändert. Nach wie vor sind es die Vertreter von wirtschaftskritischen und demokratiefeindlichen Organisationen und Institutionen, die versuchen, die Gewalt zu legitimieren und die Schuld der Polizei oder den rechtsbürgerlichen Parteien zuzuschieben.

Die Zuschauer: Als Letzte sind die immer öfters auftretenden Zuschauer (Gaffer) zu erwähnen. Sie spielen vermehrt eine wichtige Rolle im Dispositiv der Sicherheitskräfte. Bei manchen Krawallen sind sie der eigentliche Hinderungsgrund für ein angepasstes Vorgehen der Polizei gegen die Krawall-Teilnehmer. Zahlenmässig hat eindeutig das Feld der Zuschauer (Gaffer) am meisten Zulauf. Moderne Kommunikationsmittel wie Internet und Handy sowie die Lokalmedien tragen dazu bei, dass die Bürger kurzfristig über anhaltende Krawalle orientiert werden.

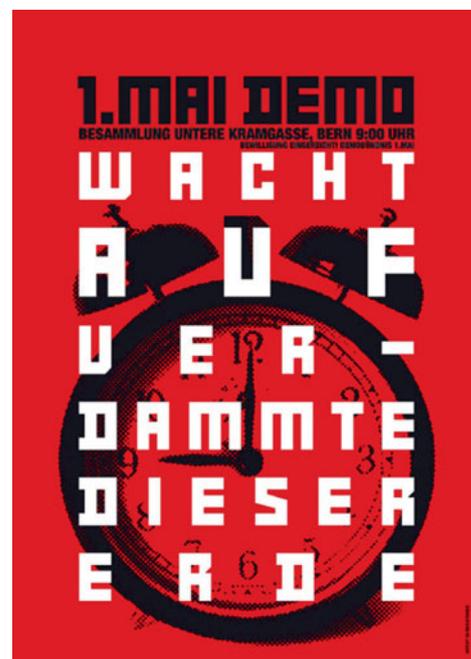
Ziele

«Handbuch für Hausbesetzer», «anarcho-info für Demonstranten», «Checkliste für Demos» und ähnlich lauten die Titel von



Hans-Ulrich Helfer

*ist Geschäftsführer der Presdok AG Zürich; im besonderen Berater von staatlichen Institutionen, Firmen, Anwaltskanzleien sowie namhaften Persönlichkeiten.
Kontakt: www.presdok.ch*



Krawall-Macher wollen vorerst mal möglichst viele Demonstranten auf die Strasse bringen. Bilder: Presdok AG

Texten und Untergrundveröffentlichungen für Krawall-Teilnehmer. Es lässt sich nicht nachweisen, dass hinter jedem Krawall auch eine entsprechende Führung wirkt. Dass es sich aber bei den meisten Krawallen um eine gemeinsame Strategie handelt, die auf einem gemeinsamen Konsens beruht, lässt sich anhand vielfältiger Veröffentlichungen aus der Szene belegen. Die Krawall-Macher verfolgen dabei ganz bestimmte Ziele, die in ihren Auswirkungen langfristig verheerendere Folgen haben können als die einzelne Tat einer bekannten Terrororganisation. Krawalle gehören heute ins Repertoire von Personen, die ihr Ziel im angestrebten Umsturz der demokratischen Rechtsordnung sehen.

Die Gewalt von ein paar Hundert oder Tausend Personen kann erheblichen politischen Druck ausüben. Sie kann öffentliche Diskussionen provozieren und Entscheidungen von Regierungen erzwingen. Dies kann so weit gehen, dass einzelne Projekte als politisch nicht mehr durchsetzbar eingestuft werden. In diesem Zusammenhang wirkt sich die Einsicht oder Formulierung von der «politischen Nichtdurchsetzbarkeit» durch bürgerliche Kreise geradezu verheerend aus. Der Staat kapituliert vor der Militanz einer Minderheit und zeigt, wo er verwundbar, zu schwach oder zu feig ist, die berechtigten Gesamtinteressen der Allgemeinheit durchzusetzen.

Die Krawall-Macher wollen vorerst einmal möglichst viele Demonstranten auf die Strasse bringen. Angestrebt wird eine breite Solidarisierung unter den verschiedenen politischen Grüppchen. Hierzu dient vor allem die übereinstimmende Interessensgleichheit betreffend das gegenwärtige Reizthema. Obschon die Krawall-Macher in vielen Fällen die Ausichtslosigkeit und den Verhältnisblödsinn ihrer Aktivitäten erkennen, geben sie vor, die formulierten Ziele des oft aufge-

putschten Reizthemas erreichen zu wollen. Dies dient vor allem der Tarnung der Krawall-Macher.

Legislative und Exekutive haben es zugelassen, dass das in der Schweiz beim Staat liegende Gewaltmonopol zur Diskussion gestellt wird. Die Krawall-Macher behaupten, dass es gegen mit demokratischen Verfahren herbeigeführte Entscheidungen ein «Widerstandsrecht» gebe, dass dort, wo Recht zu Unrecht werde, die Pflicht zum Widerstand bestehe. Mangelnde Konsequenz bestimmter Parteien und Politiker aus Interesse an einer Konfliktvermeidung angesichts der Bemühungen um Stimmengewinne bei Wahlen führte zur Verwässerung des Gewaltmonopols in der Schweiz und nicht zuletzt zu einer indirekten Gewalterziehung durch den Staat.

Selbst Krawall-Macher haben erkannt, dass Aktionen mindestens für die Sympathisanten, besser noch für die Allgemeinheit, «vermittelbar» sein müssen. Krawall-Macher gehen davon aus, dass ihre Aktivitäten einen Sachverhalt aufdecken müssen (fehlende Arbeitsplätze, aufkeimender Faschismus usw.), zu weiteren Aktionen animieren sollen. Die Krawall-Macher stellen sich folgende Fragen: Inwieweit wird auf den Sachverhalt hingewiesen? Sind die Aktivitäten für das engere Umfeld beispielgebend? Können die Sympathisanten den Aktivitäten zustimmen? Ist der Krawall an das Volk vermittelbar und für die Bevölkerung nachvollziehbar?

Die Vermittelbarkeit steht in enger Abhängigkeit von den politisch-sozialen Umständen, das heisst, der Stimmungslage der Öffentlichkeit hinsichtlich bestimmter Sachverhalte. Dabei ist prinzipiell zu unterscheiden zwischen Sachverhalten, die von aussen her an die Krawall-Macher gelangen und solchen, die in der gewalttätigen Szene selbst ih-

ren Ursprung haben. Von grosser Bedeutung für die Reizthemen sind die öffentliche und veröffentlichte Meinung, nicht selten ist die Anhäufung gewisser Berichte zu einem politisch-sozialen Thema in den Medien der Auslöser für einen Krawall.

In den letzten Jahren gingen die verantwortlichen Politiker und Behördenvertreter immer davon aus, dass die Aktivitäten der Krawall-Macher auf ein konstruktives Ziel ausgerichtet waren – damit unterlagen sie einem massgeblichen Irrtum. Kaum hatten die Krawall-Macher der Legislative und Exekutive Freiräume abgerungen, folgten weitere Forderungen. Finanzielle Unterstützung, zusätzliche Freiräume und sonstige Subventionen wurden erneut über den Strassenkampf erhoben. Durch das wiederholte Eingehen auf die Forderungen begingen Parlamentarier und Behördenvertreter einen weiteren fatalen Fehler. Denn einerseits wurden Krawalle mit Nachgeben «honoriert» und andererseits als politisches Mittel «legalisiert».

Mittelfristige Auswirkungen wurden nicht erkannt oder eventuell sogar gezielt verschwiegen. Es war nur logisch, dass sich unweigerlich weitere soziale Gruppierungen die Frage stellen mussten, ob sie ihre Anliegen nicht besser mit Drohungen und Militanz vertreten sollten. Am Ende der eskalierenden Reihe steht sodann der Bürger, der nur noch eine Möglichkeit sieht, nämlich diejenige, sich ebenfalls mit Gewalt (Bürgerwehren) vor den Unzulänglichkeiten der verantwortlichen Regierung und den Aktionen der Krawall-Macher zu schützen. Ein kleiner Schritt trennt sodann die Krawall-Macher noch von ihrem Ziel, demjenigen nämlich, dass die Regierung mit dem Polizeiapparat gegen Bürger (Bürgerwehren) vorgeht und es zum allgemeinen Aufruhr kommt.

Antworten auf Krawalle

Polizei und Justiz obliegt die direkte Kontrolle von Demonstrationen und Krawallen. Da viele der angesprochenen Krawalle im Zusammenhang mit Demonstrationen entstehen, ist es von grosser Wichtigkeit, gewaltlose Demonstrationen von polizeilicher Seite zu fördern. Das heisst, dass sich die Verantwortlichen der Polizeibehörden um Verständigung mit den Demonstrationsveranstaltern bemühen sollten. Insbesondere müsste die Polizei die Organisatoren der Demonstrationen in den Ordnungsdienst mit einbeziehen. Nachfolgende Besprechungen zwischen Polizeioffizieren und Demonstrationsverantwortlichen wären zu befürworten und können bei späteren Auseinandersetzungen zum beidseitigen Vorteil sein.

Der Polizei fällt auch die Aufgabe zu, die Bevölkerung über anstehende Demonstrationen oder Krawalle zu orientieren. Vermehrte Zusammenarbeit mit der betroffenen Bevölkerung könnte zum Abbau von Feindbildern führen. Bei Demonstrationen sollte die begleitende Polizei offener als Partner der Organisatoren auftreten und jede Anonymisierung durch spezielle Schutzkleidung oder Helme vermeiden. Polizeibeamte und besonders die Führer von kleinen Polizeiteams an Demonstrationen sind einem Stressbewältigungs- und Kommunikationstraining zu unterziehen.

Die Kontrolle von Krawallen durch die Polizei erfordert hingegen grundsätzlich andere Voraussetzungen als das Begleiten einer Demonstration. Da Krawalle schneller und gewalttätig ablaufen, muss sich die Polizeibehörde betreffend Einsatzplänen und Ausrüstung auf dem neusten Stand halten.

Die polizeiliche Kontrolle von Krawallen muss insbesondere auch auf die Festnahme von Gewalttätern und die Beweissicherung ausgerichtet sein, das heisst, es sind spezielle Festnahme- und Beweissicherungsteams auszubilden und einzusetzen. Polizei und Justiz müssen bei Krawall-Machern, Chaoten, Sympathisanten und Zuschauern die entsprechenden Rechtsmittel anwenden. Dort, wo gesetzliche Grundlagen fehlen, sind sie unverzüglich zu schaffen.

Nur wenige Politiker haben erkannt, dass die Forderungen der Krawall-Macher nicht auf Lösungen ausgerichtet, sondern lediglich Tarnung und Scheinrechtfertigung für die erstrebte Abschaffung des demokratischen Staates sind. Einige Parlamentarier gehören sogar dem Sympathisantenfeld der Krawall-Macher an. Politiker verschiedener Parteien haben dafür zu sorgen, dass auf Forderungen, die über Krawalle erhoben werden, aus grundsätzlichen Überlegungen nicht eingetreten wird. Jede Verletzung der öffentlichen Ordnung, jede Teilnahme an Krawallen und jede Sachbeschädigung sind konsequent zu ahnden. Rechtsfreie Räu-

me, gleich welcher Art, sind unverzüglich aufzulösen. Zuschauer sind wegzuweisen und wo nötig zu verzeigen.

Politiker haben für die Interessen der Bürger einzustehen, dafür werden sie vom Bürger vorgeschlagen und gewählt. Sie haben die Polizei und Justiz aufzufordern, Recht und Ordnung herzustellen und damit Bürgerwehren vorzubeugen. Dort, wo Polizei und Justiz nicht handeln, aber eigentlich vom Gesetz her handeln müssten, haben Politiker Anzeige zu erstatten und als Zeugen aufzutreten.

Hingegen kann es nicht die Aufgabe der Polizei sein, die sozialen Mängel zu lösen. Diese müssen insbesondere von den Fachleuten und den Politikern frühzeitig erkannt und genügend erörtert werden. Hierbei erhalten auch die Massenmedien eine besondere Rolle. Nicht die Berichterstattung des eigentlichen Krawalls (Krawallszenen) darf im Vordergrund stehen, sondern die Erörterung der tatsächlichen politisch-sozialen Lage und die vorhandenen oder angeblichen Ursachen des Krawalls.

Im Interesse aller Bürger ist von den Politikern mehr Mut zu vermehrtem Widerstand gegen Krawall-Teilnehmer gefragt. Insbesondere haben sie die verantwortungslosen Regierungsräte aufzufordern, hart gegen Krawall-Macher vorzugehen und die illegalen rechtsfreien Räume umgehend aufzuheben. ■

EINEN SCHLÜSSEL KANN MAN VERLIEREN.



EIN SCHLISS- SYSTEM NICHT.

Mit einem intelligenten Schliess-System von SEA lassen sich nicht nur verlorene Schlüssel in Sekundenschnelle sperren. Ebenso einfach und individuell verwalten Sie auch Zutrittsrechte und Zeitprofile. Zudem werden alle Aktionen elektronisch protokolliert, sodass Sie jederzeit nachvollziehen können, welcher Schlüssel wann und wo zum Einsatz kam. Erfahren Sie mehr über unsere Lösungen und ihre Vorzüge unter www.sea.ch


Perfektion made in Switzerland